



Presseinformation

Nr. 107/2004

Kiel, Donnerstag, 11. März 2004

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Bildungspolitik/Unterrichtsversorgung/Studentafel

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

Ekkehard Klug: Studentafeln müssen verbindlich sein

In seinem Redebeitrag zu **TOP 6** (Stufenplan zur Unterrichtsversorgung) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die FDP-Fraktion hat bereits im August 2002 einen Antrag eingebracht, in dem wir die schrittweise Einführung verbindlicher Studentafeln gefordert haben - und zwar beginnend mit der Grundschule (vgl. Drucksache 15/2069). Der heute zu beratende Antrag der Union verfolgt das gleiche Ziel.

Quer über alle Schularten fehlen in Schleswig-Holstein 1.327 Lehrerstellen, um eine Unterrichtsversorgung zu gewährleisten, die dem Bundesdurchschnitt entspräche. Diese Tatsache hat das Bildungsministerium jetzt erstmals eingeräumt, nachzulesen in der Stellungnahme zur Volksinitiative für die Einführung einer verbindlichen Studentafel.

Auch wenn man diese mangelnde Unterrichtsversorgung angesichts der finanziellen Situation des Landes nicht mit einem Schlag beseitigen kann, so liegt es doch sehr wohl im Bereich des landespolitisch Möglichen, schrittweise auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Für den Grundschulbereich beziffert die Landesregierung das Fehl auf 247 Stellen. Wer behauptet, diese Lücke könne er beim besten Willen nicht schließen, der hat auf der Regierungsbank nichts zu suchen. Das relativ größte Unterrichtsfehl liegt im Hauptschulbereich: 342 Stellen. Das ist die Schulwirklichkeit unter rot-grüner Regierungsverantwortung: Gerade jene Schüler, die um ihrer Bildungschancen willen eine besondere Förderung brauchen und die oft auch aus schwierigeren sozialen Verhältnissen kommen, werden in Schleswig-Holstein besonders stark benachteiligt. Angesichts solcher Fakten muss man sich doch wirklich wundern über manche vergossenen Krokodilstränen rot-grüner Bildungspolitiker. Die Klage darüber, dass Bildungschancen sozial ungleich verteilt sind, erscheint doch arg heuchlerisch, wenn man sieht, wie schlecht die Unterrichtsversorgung in diesem Land gerade im Bereich der Hauptschulen ist. Eine Regierung, die dieses Problem nicht angeht, ist eine Regierung bildungspolitischer Versager. Ihre Klage über soziale Benachteiligungen im Bildungswesen ist reine Heuchelei. Ihre Erklärung, das Problem lösen zu wollen, indem sie „gemeinsamen Unterricht“ für alle Schüler einführt, ist nicht mehr als ein hohles Versprechen.

Wir stimmen mit den Antragstellern darin überein, dass es um echte Verbesserungen im Unterrichtsangebot geht und nicht um leere Versprechungen. Dem Antrag der Union stimmen wir zu.“